



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Becker, Wilhelm Martin: Partikularismus und Preußentum

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nicht denkbar. Wer geschichtliche Kräfte zu würdigen weiß, sollte sich darum hüten, die geistigen Schichten des heutigen Deutschlands zu verletzern und zu verfolgen, sondern sollte sich bemühen, sie beim Neubau des deutschen Staates nutzbar zu machen. Denn sie hegen das kostbare Erbe der Vergangenheit, das eine unentbehrliche Voraussetzung der Gesundung unseres Volkes ist: den Gedanken der selbstlosen Hingabe an die Gemeinschaft, des Dienstes um der Sache, nicht um des persönlichen Vorteils willen.



Partikularismus und Preußentum

Von Professor Dr. Wilhelm Martin Becker



Die Lösungen politischer Probleme sind nie reine Lösungen. Die Forderungen vorgefaßter Programme scheitern an den Tatsachen. Keine Partei ist imstande, alle ihre Forderungen rein zu verwirklichen, und je fanatischer sie vertreten werden, desto mehr ist man zu dem Schluß genötigt, daß die Führer der Partei nicht zu staatsmännischer Leistung befähigt sind. Auch die Lösungen des deutschen Problems von Partikularismus und Gesamtstaat sind von je angefochten worden. Und seitdem es in diesen Tagen wieder in neuen Formen und mit neuen extremen Forderungen an das deutsche Volk herantritt, wird wohl aus der Abschätzung der beiderseitigen Kräfte wieder ein Kompromiß zu erwarten sein, in dessen Schaffung sich die von beiden Seiten her eingesetzten Kräfte aufbrauchen, das aber den Parteien nicht Genüge tut.

Im Kriege schien der Partikularismus verschwunden zu sein. Es galt die Rettung des Gemeinsamen, das alles Partikulare umschloß.

Heute steht es anders. Weiten Kreisen scheint heute die Bedrohung nicht nur von außen, sondern auch von innen zu kommen. Die Vereinheitlichungsbestrebungen des neuen Regimes bedrohen den Rest des gewohnten Sondertums der Landschaften, und selbst im Glend des verlorenen Krieges bringt der Deutsche zur Verteidigung dieser letzten individualistischen Hochburg noch Kräfte auf, die von den neuen Männern der Regierung nicht geahnt wurden. Wir dürfen also objektiv feststellen, daß wir es hier mit einer vorläufig unausrottbaren Macht zu tun haben; ein Staatsmann würde dem Rechnung tragen. Bismarck hat das getan, entsprechend der zu seiner Zeit mit noch stärkeren Kräften in die Rechnung einzusetzenden Sonderung. Er hat das Maß gefunden, das dem damaligen Zustande entsprach. Heute gilt es ein anderes Maß zu finden. Der Partikularismus ist schwächer geworden, aber er darf nicht vernachlässigt werden bei der Aufstellung der Formel für die staatliche Fügung im neuen Deutschland.

Überhaupt sehen wir den Partikularismus heute in anderer Verteidigungsstellung als früher. Der Kampf gegen den Unitarismus in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war gleichzeitig ein Kampf gegen das Preußentum. Auch dieser Begriff hatte damals bereits seinen Inhalt gewechselt. Erst seitdem das dem

Süden besonders unsympathische Kalt-Absolutistische aus ihm geschwunden war, seitdem Preußen sich zwar stark und gelegentlich rücksichtslos, aber nicht verschlossen gegen die liberalen Wünsche der deutschen Gebildeten gezeigt hatte, waren die moralischen Eroberungen im Süden stark genug, um im Nationalverein eine Grundlage für den Anschluß an den Führerstaat zu schaffen.

Heute sind es zum großen Teile dieselben Schichten, die damals der Einigung durch die preußische Führung zusauchzten, die dem Einheitsstaat Widerstand leisten. Die Front steht nicht mehr gegen das Preußentum, sondern gegen einen sogar mit starkem süddeutschen Einschlag versehenen Unitarismus, der nicht mehr von einem Staat ausgeht, sondern von einer Klasse oder Partei. Der preußische Einzelstaat hatte Verständnis für die Sonderungen, denn er beruhte selbst auf einer solchen. Die heutigen Bestrebungen auf Vereinheitlichung des Reiches dagegen sind keine organischen, sondern mechanische, auf der Gleichsetzung jedes Menschen mit jedem anderen beruhende Versuche, wie wir sie auch im Gefolge der französischen Revolution finden. Revolutionen haben eben das Bedürfnis, die Erinnerung an historisch Gewordenes zu verdrängen. Aber wie man in der deutschen Revolution von 1918 vergebens die dem Deutschen gemäße politische Idee sucht — die Demokratisierung und Parlamentarisierung des Staatswesens sind keine solchen und gingen ihr zudem schon voraus —, aber nur teils französische, teils russische Schemata findet, so ist auch die Ausrottung der gewachsenen Staatsindividualitäten, mit denen sich tausenderlei Sonderleben verknüpft, oder ihre Verwandlung in bloße Verwaltungseinheiten dem deutschen Wesen nicht gemäß.

Doch mit dieser Verschiebung des Problems ist die preußische Frage wohl zurückgedrängt, aber nicht aufgehoben. Auch bei geschwächten Einzelstaaten stellt die Zusammenballung des norddeutschen Großstaates noch eine Macht vor, die durch ihr bloßes Schwergewicht die Staats- und Stammesindividualitäten vornehmlich des Südens bedrängt. Preußentum und außerpreußisches Sondertum werden sich auch im neuen Reich, sofern es nicht ganz zum Einheitsstaat wird, auseinandersetzen müssen. Noch ist Preußen als Staatsnation nicht in Deutschland aufgegangen, und die Versuche, das Schwergewicht auf autonome Provinzen zu verteilen, sind noch in ihren Anfängen.

Wenn in einer Frage, so ruft in der Schicksalsfrage vom Verhältnis der Teile zum Ganzen unsere Zeit nach einem Staatsmann, wie er unserem Volke vor sechzig Jahren geschenkt war. Zur Klärung der Anschauungen aber kann es nur dienen, wenn wir unter diesem Gesichtspunkt einen Blick auf die deutsche Krise im Jahrzehnt der Einigungskriege werfen, wo die Frage nach Partikularismus und Preußentum zur Entscheidung stand, und wo eine Fehllösung zugunsten des ersteren noch vielfach mit Leidenschaft erstrebt wurde. Wir sehen den Typus des partikularistischen Staatsmannes jener Zeit in dem hessischen Minister von Dalwigk.

Ich habe vor fünf Jahren in diesen Blättern schon einmal auf ihn als den „letzten Rheinbundminister“ hingewiesen (Grenzboten 1915 III Seite 199—208). Heute ist mein Wunsch, daß die Archive ihre Aufklärungen herausgeben möchten, zum großen Teil erfüllt worden. Es war dem Frankfurter Privatdozenten Wilhelm Schüßler vergönnt, die Tagebücher Dalwigks und mit ihnen eine große Zahl bisher

unbekannter Aktenstücke über jene Zeit der Öffentlichkeit zu übergeben *) und dadurch Persönlichkeiten und Verhältnisse mit hellem Licht zu übergießen, die bisher nur unklar und schattenhaft erkannt werden konnten. Aus der neuen Geschichtsquelle werden die folgenden Ausführungen schöpfen.

* * *

In jedem Staatsmann, der einer ist, liegt das konservative und das fortschrittliche Element. Er sieht eine Entwicklung sich vollziehen, die in dem Tempo oder in der eingeschlagenen Richtung das Wohl oder das Bestehen seines Staates bedroht, und er wirft sich ihr entgegen oder lenkt sie ab. Oder er sieht eine Möglichkeit, seinen Staat zu höherer Blüte, größerer Bedeutung zu heben und fördert, stärkt und beschleunigt den Lauf nach diesem Ziel. Er sieht seine höchste Aufgabe in der Erhaltung des Staates, aber nicht des so beschaffenen. Darum wird ein Staatsmann in einem Zeitalter, das mit revolutionärem Stoffe geladen ist, sich nicht im Bedauern über die Gefahr erschöpfen. Er weiß, daß auch die explosiven Stoffe in der Technik zu aufbauenden Zwecken verwendet werden können.

Ein solcher Staatsmann war Bismarck, und ein solcher Staatsmann war Dalwigk nicht.

Der staatliche Zustand, den beide bei ihrem Auftreten vorfanden, entsprach in keiner Weise den Ansprüchen, die ein großes Volk, und sei es auch noch so unpolitisch, an seine äußere Form stellen mußte, wollte es auch nur seine Existenz bewahren innerhalb der geographisch gegebenen Verhältnisse. Zwei anspruchsvolle Großstaaten mit außerdeutschen Aspirationen und ein Bündel Mittel- und Kleinstaaten, eiferfüchtig auf ihren Rechten bestehend und mit der Fiktion der Gleichberechtigung aller, in eine Art Bund vereint, den nichts band als die Führertendenzen der Großen. Die kleinen Staaten hatten nichts zu fürchten als die durch das Gesetz der Massenanziehung und des nationalen Instinktes gegebene notwendige Weiterentwicklung der Dinge. Darum ist diese Entwicklung ihnen, ist sie Dalwigk revolutionär. Deshalb schwärmt er für die Heilige Allianz, diese Bremsvorrichtung für politisches Fortschreiten, und seufzt mit dem Zaren gemeinsam über den Untergang dieser großen Idee der Erhaltung von Recht und Legitimität, vergessend, daß diese Legitimität für einen großen Teil von Hessen-Darmstadt auf den höchst illegitimen Ereignissen der Jahre 1802 bis 1816 beruhte. Darum ist ihm jeder Versuch, aus der Stille der Bureaokratenherrschaft herauszukommen, eine Auflehnung gegen die Ordnung, ein Beginn des Kampfes gegen die Grundsätze von Recht, von Treue und Ehre, eines Zwiespaltes, der ganz Europa beunruhigt, und dessen Heer in Deutschland der Nationalverein, dessen Feldherren die „revolutionären“ Fürsten von Preußen, Koburg und Baden sind.

Man mißverstehe mich nicht: Auch ich halte es mit Dalwigk für ein Mißgeschick, daß die Einigung Deutschlands in so hohem Maße sich als eine Aufsaugung der besten Kräfte durch das große Preußen gestalten mußte. Es war aber ein Un-

*) Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtensfels aus den Jahren 1860 bis 1871 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrh. Herausg. v. der Historischen Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften, Bd. 2). Stuttgart und Berlin 1920, Deutsche Verlagsanstalt.

glück, dessen Ursprünge schon Jahrhunderte zurücklagen und zum Teil überhaupt nicht in den Ereignissen, sondern im Charakter der Deutschen zu suchen sind. In der besprochenen Zeit war es zu spät, zurückzutreten. Wir befinden uns in der Periode des werdenden Imperialismus. Der erste Anlauf durch Napoleon I. war mißglückt. Er hatte in Deutschland die Verhältnisse vereinfacht, aber nicht so weit, daß der deutschen Nation der Panzer, mit dem jedes Volk sich in der Periode des rücksichtslosen Ausgreifens der Großstaaten umgeben mußte, von selbst gebildet hätte. Der politische Instinkt war aber in einem Teil des Volkes doch schon so weit erwacht, daß er den staatlichen Zusammenschluß zur Einheit als Lebensfrage empfand und danach handelte. Dieser Instinkt fand zu seiner Durchsetzung die schwersten Hindernisse nicht im Ausland — heute würde dies so sein —, sondern in der Rückständigkeit partikularer Staatsauffassungen. Er erwies sich als nicht stark genug, diese Hindernisse zu überwinden. Das zeigte die Paulskirche. Das Streben des Nationalvereins, die Kraft des preußischen Partikularismus in den Dienst des Einheitsstrebens zu stellen, stellt sich unter diesem Gesichtspunkt als Resignation dar. Das großdeutsche Ziel war unerreichbar geworden. Aber unhaltbar unter allen Umständen war die Konservierung der kleinstaatlichen Souveränität auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.

Der Staatsmann nimmt das Gegebene, auch wenn es ein Unglück ist, und sucht das Beste daraus zu machen. Bismarck sah in der Schaffung Kleindeutschlands ein großes Ziel vor sich, und ihm durfte sie sich verschmelzen mit der Schaffung Großpreußens. Aber für Dalwigk war er darum ein Spieler, der ein anvertrautes Vermögen auf eine Karte setzt, weil der Bloßkonservative sich nicht vorstellen kann, daß ein so zustande gekommenes Bestand habe. Warum? Weil er die lebendigen Kräfte des Zusammenstrebens nicht begreift, obgleich er sie täglich vor Augen hat und oft sorgenvolle Stunden durch sie. Gegen solche Kräfte kämpft er mit allen Mitteln, er verschmäht auch die Kleinlichen nicht. Bismarck erkennt er früh als seinen Gegenpol, er ist ihm der Revolutionäre Oberster, und er braucht sich nicht vor Attentaten zu fürchten. Die Revolution, die in ihm ihr bestes Werkzeug hat, wird sich doch hüten, es zu zerstören!

Es ist eine Weltanschauung, ein Glaube, den er mit Inbrunst überall kundtut; sein Bekenntnis hat er bereits im Januar 1861 für die Großherzogin Mathilde zu ihrer politischen Orientierung niedergeschrieben. Preußen ist die Revolution, Kampf gegen die deutsche Vormacht ist mit allen Mitteln geboten.

Das ist Dalwigks Verhängnis, daß er seine Kraft auf das Negative gesetzt findet, daß ihm keine positiven Ziele sich bieten, oder doch: daß die positiven Ziele, die er sich setzt, gegenüber denen seines Feindes wie ärmliche Laternen gegenüber einem leuchtenden Fanal sich ausnehmen; und was noch schlimmer ist, daß es nicht autonome Ziele sind, sondern in wachsendem Maße dem Ressentiment entsprungene. Und dabei ist Dalwigk doch unter den deutschen Staatslenkern seiner Zeit gewiß einer der ersten, nicht nur an Klugheit und Gewandtheit, sondern auch an Verbindungen, die ihm seine persönliche Liebeshwürdigkeit bot, wozu dann noch die verwandtschaftlichen Beziehungen seines Hofes zu Rußland treten und die alte westlich gerichtete Rheinbundstradition in Hessen, deren Hauptvertreter Prinz Emil noch lange genug in die Ministerjahre Dalwigks hineinreicht, um jene Erinnerung an den Korsen auf dessen kleineren Neffen zu übertragen.

Hier liegt die Tragik, die man dem Kampfe Dalwigks gegen Bismarck nicht absprechen kann: er streitet mit ungemeiner Kraft und mit großem Geschick um eine Sache, die ein größerer Staatsmann von vornherein als verloren ansehen mußte.

* * *

Die strategische Defensive, in die sich Dalwigk bei seinem Kampf gegen die Bestrebungen des Nationalvereins gedrängt sah — obgleich er taktisch mit Offensivstößen arbeitet —, gibt der hessischen Politik vor dem Bruderkrieg von 1866 die Signatur. Es ist auch für heutige Politiker lehrreich, daß er seine bloß konservative Stellung einer wachsenden Volksbewegung gegenüber als schlecht gewählt empfand. In dem von Dalwigk redigierten Memorandum über die Preussischen Bundesreformvorschläge von 1861 wird es offen ausgesprochen, daß man den kleindeutschen Bestrebungen kein positives großdeutsches Programm entgegenzusetzen hat. „Man muß eine bestimmte Lösung der deutschen Frage in Aussicht stellen, wenn man das Volk nicht glauben machen will, daß es nur eine solche Lösung, und zwar die vom Nationalverein empfohlene, gebe.“ Aber die von Dalwigk vorgeschlagene Lösung durch eine Bundesreform war, abgesehen von der Unmöglichkeit, sämtliche Regierungen dafür zu gewinnen, eine Kunstlei, die niemals auf Popularität rechnen konnte. Besonders gilt das von dem Schwerpunkt seiner Reformvorschläge, dem Turnus im Bundespräsidium zwischen Österreich, Preußen und einer von den übrigen Staaten zu bestimmenden Regierung, also der Vereingung der Triaspolitik in Deutschland. Und seitdem die „revolutionäre Partei“ deutsche Fürsten an ihrer Spitze mußte, war sie mit solchen Mitteln nicht mehr zu überwinden. Dalwigk überschätzte die Bedeutung des formalen Rechtes gegenüber dem natürlichen Recht nationalen Fühlens. Daß er sich von Ministerkonferenzen, von Bundestagsanträgen, von strafrechtlichem Vorgehen gegen die Umsturzpartei des Nationalvereins, ja von Einschüchterung der einzelnen Wähler zum Darmstädter Landtag Erfolg versprach gegen eine immer breiter werdende Volksbewegung, zeigt uns, wie wenig der aus der vormärzlichen Zeit stammende Minister den Druck ermaßen konnte, den eine Überzeugung der breiten Masse auf alle Hindernisse ausübt.

Die Lage rechtfertigt einen Vergleich mit den Zeiten des Sozialistengesetzes. Aber während Bismarcks glänzende Außenpolitik die Fehllösungen innerer Probleme in den Hintergrund treten ließ, hat Dalwigk gerade auf dem auswärtigen Gebiet dadurch, daß er Frankreich, Rußland, gelegentlich auch England, mit innerdeutschen Fragen befaßte, der werdenden Autonomie des deutschen Volkes aufs schwerste geschadet. Dalwigk hat dafür keinen Sinn; für ihn ist, wo es gegen Mächte des Umsturzes einzuschreiten gilt, die Solidarität der deutschen und außerdeutschen gutgesinnten Regierungen das Selbstverständliche. Duldung der Nationalvereinsbestrebungen, ja liberale Regierung, ist für ihn gleichbedeutend mit Unterstützung des revolutionären Prinzips. Nirgend hat Dalwigk diese Auffassung so energisch zu vertreten Gelegenheit gehabt als bei dem Besuche, den er dem König Wilhelm nach dem Beckerschen Mordanschlag im Juli 1861 machte, einem der merkwürdigsten Auftritte, von denen das Tagebuch berichtet.

Bei der Schwäche seiner eigenen Verteidigungsstellung richtet Dalwigk seinen Blick immer häufiger auf Frankreich, dem das Aufsteigen Preußens nicht gleichgültig

sein kann, und dessen Mißtrauen gegen Preußen der hessische Minister jederzeit zu verstärken sucht. Der Öffentlichkeit blieb dieses Zusammenspiel nicht verborgen; bald wurde im Rheinland der Gedanke herumgetragen, wer dem Nationalverein fernbleibe, bringe sich in den Verdacht französischer Sympathien.

Das Zusammengehen Österreichs mit Preußen 1864 war eine große Enttäuschung für Dalwigk; längere Zeit betrachtet er die Wiener Politik mit äußerstem Mißtrauen, sucht Eindruck zu machen mit der Gefahr französischer Kompensationsforderungen und besonders mit der Ankündigung, daß die Mittelstaaten, von Österreich verlassen, in einem Rheinbund ihre Verteidigung gegen Preußens Übergriffe suchen müßten. So war die Verweisung der schleswig-holsteinischen Sache an den Bundestag ganz in Dalwigks Sinne, sie beendete die Sonderpolitik Österreichs und führte den Entscheidungskrieg herbei, der das revolutionäre Prinzip in Deutschland endgültig vernichten sollte.

Der Krieg von 1866 wurde, wie die Dalwigkschen Aufzeichnungen beweisen, auf süddeutscher Seite noch planloser und dilettantischer geführt, als man bisher annahm. Konnte sich ein Dalwigk über die Verteilung der Kräfte so täuschen, daß er einen Sieg erwartete? Der Glaube an den Sieg der Legitimität ist es, der ihm die kühle Überlegung raubt. Er will nichts davon hören, als ihm Prinz Ludwig, der Führer der hessischen Truppen, sagt, daß seine Truppen lieber gegen die Franzosen fechten würden, als gegen die Preußen; eine solche Ansicht ist ihm eine schlechte, unpatriotische.

Freilich beruht Dalwigks Siegeszuversicht auch auf dem Vertrauen, daß Frankreichs Interessen nicht zulassen würden, daß es unbeteiligt bleibe. (Mit dem französischen Gesandten werden die deutschen Angelegenheiten eingehend erörtert, und man gewinnt den Eindruck, daß Paris die Darmstädter Gesandtschaft als Hauptquelle für die Kenntnis der süddeutschen Verhältnisse benutzte. Um so größer ist die Enttäuschung, als Frankreich auch auf die dringendsten Vorstellungen hin (*de ne pas refuser l'appui de la France à un état qui est des meilleurs amis de la France et qui n'a jamais cessé de compter sur sa protection*) und auf den Hinweis, welche Gefahr die Besetzung von Mainz durch die Preußen für Frankreich darstelle, nicht eingriff, und daß man die Rückgabe der Provinz Oberhessen nicht französischen, sondern russischen Bemühungen verdanken mußte.

Den Bedingungen des Siegers mußte sich Hessen fügen. In den Norddeutschen Bund trat es mit dem nördlich des Maines gelegenen Landesteil, und nach langem Sträuben auch in das Schutz- und Truxbündnis. Von dieser Zeit ab haftet Dalwigks Politik, soweit sie sich gegen Preußen richtete, jene Unaufrichtigkeit an, aus der wir die Erbitterung verständlich finden, die sich von jetzt ab bei allen Freunden der preußischen Lösung der Einheitsfrage gegen ihn kundtut. Wenn wir sein Verhalten überhaupt verstehen wollen, so kann das nur geschehen, indem wir seinen Anschluß an Preußen als mit einer *Reservatio mentalis* vollzogen betrachten. Großherzog Ludwig III. — dessen Wille die Aufzählungen Dalwigks eigentlich nur den Zug hochgradiger Indolenz hinzufügen — pflegte sich über Annahme unliebsamer Verpflichtungen, die sich aus der neuen Lage ergaben, mit der Phrase hinwegzusetzen: „*Cela ne durera pas!*“ Das war auch die Denkweise seines Ministers.

Eine solche Politik kann, wenn überhaupt, nur durch den Erfolg gerechtfertigt werden. Darum scheint Dalwigk nicht bange gewesen zu sein. Er hofft, ja er rechnet mit Sicherheit auf einen großen europäischen Krieg, der den süddeutschen Staaten ihre Selbständigkeit wiedergeben werde. Ein neuer Raumitz, denkt er zunächst an einen Bund Frankreichs, Österreichs und Rußlands gegen Preußen. Nur mit Dänemark dürfe man sich nicht verbünden, um das deutsche Nationalgefühl nicht zu verletzen. Dagegen wäre eine starke Schwächung Preußens als Ziel in Aussicht zu nehmen. Wiederherstellung Hannovers, durch Westfalen verstärkt, Vergrößerung Sachsens, Rückgabe Schlesiens an Österreich und nicht zum letzten: Erweiterung Hessens zu einem ansehnlichen Königreich, dessen Monarch dann, so erwog man weiter, den preußenfreundlichen Thronfolger, Prinzen Ludwig, durch den politisch noch unbelasteten Prinzen Wilhelm ersetzen könne. Daß auf Rußland nicht zu rechnen sei, wurde Dalwigk bald klar, um so sicherer glaubte er Frankreich zu sein. Die Jahre 1867 bis 1870 sind voll von öffentlichen und geheimen Begegnungen und Besprechungen zwischen Dalwigk und französischen Politikern; 1867 war er selbst in Paris, wo ihm Napoleon die Frage vorlegte: „Combien de temps pouvez-vous encore resister?“ — „Deux à trois ans.“

Wenn es gelang, Österreich und Frankreich zum gemeinsamen Einfall in Süddeutschland zu bewegen, war für Dalwigk selbst eine Neutralität der Südstaaten, wie sie für diesen Fall von anderen Ministern erwogen wurde, nicht mehr am Platz. „Wir würden uns also wohl oder übel Frankreich und Österreich anschließen müssen, wenn wir uns auch anfangs die Miene geben müßten, mit Preußen zu marschieren.“ „Gebe es Krieg mit Frankreich, und Österreich stelle eine Armee von 100 000 Mann an der bayerischen Grenze auf, während die Franzosen eine Armee bei Mannheim über den Rhein schickten, so würden die fraglichen Schutz- und Trugbündnisse illusorisch.“ Diese Äußerungen fallen in dieselbe Zeit, da er, wie wir aus französischer Quelle wissen, dem französischen Gesandten mit leidenschaftlichen Worten die Notwendigkeit des baldigen Krieges gegen Preußen darstellte und sich erbot, wenn es an einem Vorwand zum Kriege fehle, diesen durch den Antrag um Aufnahme Südhessens in den Norddeutschen Bund zu liefern!

Es muß hervorgehoben werden, daß Dalwigk bei aller Hinneigung zu Frankreich sein deutsches Gesicht zu wahren weiß. Schon bei Eröffnung der Bündnis-Kampagne, im Sommer 1866, machte er Benedetti darauf aufmerksam, daß Frankreich vermeiden müsse, „durch vorzeitige (!?) Ansprüche auf deutsches Gebiet die deutsche Nation in ihren tiefsten Tiefen aufzuregen“. Es habe für seine politische Stellung schon viel erreicht, wenn es ihm gelänge, den alten Zustand wiederherzustellen und Preußen seine unrechtmäßigen Annexionen wieder zu entreißen. Es wirft ein eigenes Licht auf Dalwigks Anschauungen von den ihm doch genau bekannten französischen Zuständen, wenn er glauben kann, daß der rasch sinkenden Popularität des Kaisertums mit einem anderen Erfolge aufgeholfen werden könne, als mit einem weithin sichtbaren und greifbaren, nämlich mit Eroberung deutschen Bodens. Zudem mußte er ja in Straßburg hören, welchen Illusionen man sich in Frankreich über die Gesinnung der linksrheinischen Bevölkerung hingab. Der dortige Präfekt sagte ihm 1868, „er stehe dafür ein, daß bei einem Suffrage universel 75 Prozent

der Bevölkerung des linken Rheinufers bis Mainz für eine Vereinigung mit Frankreich stimmen würden“.

Dalwigk befindet sich also in einer Selbsttäuschung. Auch über die Stimmung in Süddeutschland, wenn er Napoleon vorstellt, man werde sich dort über ein neues Gena freuen; bald sah er sich nicht nur von der öffentlichen Meinung, sondern sogar von den „verächtlichen“ Souveränen von Bayern, Württemberg und Baden widerlegt. Trifft ihn nicht in höherem Maße als den preußischen Staatsmann der Vorwurf des Spielers, der alles — auch seine und seines Herrn politische Ehre — auf eine Karte setzt? Und er war gewarnt: Er mußte immer deutlicher erkennen, daß auf Österreich nicht mit Sicherheit zu rechnen war, und sowohl der österreichische Kanzler Beust wie der hessische Gesandte in Wien, Heinrich von Gagern, hatten ihm vorgestellt, wie bedenklich es für ihn sei, sich mit Frankreich, „dem präsumptiven Feinde“, öffentlich einzulassen. Auch der kluge und weitblickende Bischof von Mainz, von Ketteler, versuchte ihm klarzumachen, daß Österreich bei ferneren Kombinationen über Deutschlands Zukunft außer Berechnung bleiben müsse. „Die Madjaren, die Polen, die Tschechen gäben einen festen Anschluß Österreichs an Deutschland nie zu.“ Auch in diesem Punkte glaubte Dalwigk den vagen Andeutungen des Erzherzogs Albrecht mehr Wert beilegen zu müssen.

Charakteristisch für die Auffassung der Stellung Hessens zu Frankreich und zu dem verbündeten Norddeutschland ist ein Zwischenfall, der sich 1867 mit dem hessischen Gesandten in Paris, von Enzenberg, zutrug. Dieser hatte, in dem Bewußtsein, die deutschen Interessen seien mit den hessischen identisch, die ihm zugänglich gewordenen Zeichnungen und Maße zu den neuen französischen Mitrailleurten nach Berlin gesandt. „Er meinte, da die neuen Geschütze ja doch gegen Deutschland gebraucht werden sollten, habe er nur seine Pflicht getan.“ In höchster Mißbilligung deutete ihm Dalwigk an, „es handle sich nicht von einem Kriege von Deutschland, sondern von Preußen mit Frankreich, und er möge den Preußen es selbst überlassen, sich die französischen Waffengeheimnisse zu verschaffen“.

Folgerichtig bleibt Hessens Politik bei der Auffassung, daß es für ihren Staat aus der nationalen Verknüpfung mit Norddeutschland noch ein Zurück gebe, auch während des entscheidenden Krieges. Als am Morgen des 17. Juli 1870 der französische Gesandte vor dem hessischen Minister stand, rechtfertigte dieser die Stellungnahme seines Staates gegen Frankreich mit seiner Zwangslage und fügte hoffnungsvoll hinzu: „Sollten die Ereignisse im Laufe des Krieges der Großherzoglichen Regierung die Unabhängigkeit der Aktion zurückgeben, so behalte sich dieselbe für diesen Fall jede ihr gut scheinende Entschließung vor.“ Und im Herbst, als gar kein Zweifel mehr über den Ausgang des Krieges möglich war, sah er sich zwar genötigt, den Verhältnissen Rechnung zu tragen, aber der notwendig gewordene Antrag auf Eintritt ganz Hessens in den Norddeutschen Bund wurde vom Großherzog mit dem gewohnten Vorbehalt genehmigt: „Cela ne durera pas.“

Ganz im Sinne seines Ministers. Nach dem Fehlschlagen aller Berechnungen, die den Weg zur Selbständigkeit Hessens bahnen sollten, brach sein Glaube nicht zusammen, daß es sich hier um ein Vorübergehendes handle, das bald wieder verschwinden werde, um einer Verwirklichung des großdeutsch-partikularistischen Gedankens Platz zu machen. Schon wieder war er in neuen Kombinationen befangen. Am 1. Februar 1871 schrieb er an seinen Freund Beust: „Ich hatte bei dem Beginn

des dermaligen Krieges die Hoffnung, daß wechselnde Chancen Preußen nötigen sollten, österreichischen Beistand zu erbitten, und daß dem alten Kaiserhause und Deutschland dadurch Gelegenheit gegeben würde, die in den Herzen fortlebende Verbindung auch äußerlich wiederherzustellen. . . . Inskünftig wird jede Macht, die mit Preußen Händel bekommt, Frankreich zum Bundesgenossen haben. . . . In Rußland nimmt der Haß gegen Deutschland, zumal gegen Preußen, zu. . . . Ich kann also Österreich nur raten, sich schlagfertig zu halten. Der Friede, welcher jetzt in Versailles verhandelt wird, dauert höchstens so lange, als der Kaiser Alexander lebt und Frankreich nicht zu Atem gekommen ist."

'Konnte ein Staatsmann, dessen Trachten nur darauf ausging, das soeben gebaute Haus zu zerstören, im Amte bleiben? Zwei Monate nach diesem Briefe hatte Bismarck seine Entlassung durchgesetzt.

Man hat in neuerer Zeit oft Gelegenheit, über Minister zu lächeln, die, wenn ihnen die Lösung einer einzelnen Aufgabe nicht gelungen ist, sofort ihr Amt verlassen. Es ist eine Schwäche, die sich als Charakterstärke maskiert. Den umgekehrten Fall haben wir bei Dalwigk. Er behielt sein Amt auch noch, nachdem alle Voraussetzungen für die Erreichung seines Zieles weggefallen und ihr Wegfall von ihm selbst anerkannt worden war. Sein Kampf endete peinlich, wie der eines Soldaten, der noch feuert, nachdem er selbst die weiße Flagge aufgezogen hat.

* * *

Historische Situationen wiederholen sich nicht. Wenn wir aber erwägen, welche Kräfte in der geschilderten Zeit am Werke waren, so ergeben sich doch Parallelererscheinungen, die auch auf unsere Zeit und die in ihr ruhenden Kräfte und Probleme ein gewisses Licht werfen. Hier wie dort ein in seinen Grundfesten aufgelockertes Gefüge deutscher Staaten, in dem sich, besonders im Süden, eine starke Opposition gegen die Kräfte der Vereinheitlichung aufbäumt; ein beutelüsteres Frankreich, das aus den Gesinnungen der Bevölkerung des linken Rheinufers Hoffnungen nährt, und das aus dem Widerstand der in ihrer Eigenart bedrohten Süddeutschen zeitweilig gemeint hat, etwas wie einen neuen Rheinbund erwachsen zu sehen. Aber im Deutschland der Gegenwart kein fester Punkt, an den die neue wie die andere Entwicklung anknüpfen könnte: kein Bismarck, der durch die Macht seiner Persönlichkeit dem unitarischen Zuge das Forttreibende eines nationalen Prestiges geben könnte; kein Dalwigk, der durch geheime Anknüpfungen die Hoffnung Frankreichs wachhält, indem er doch nur die süddeutsche Selbständigkeit zu verteidigen meint. Und so sind auch die beiden Wagschalen anders belastet als vordem: die unitarische durch die Selbstverständlichkeit, mit der die deutsche Einheit durch eine fünfzigjährige Gewöhnung und Fortentwicklung im Bewußtsein jedes Deutschen wurzelt und sogar einer neuen großdeutschen Lösung durch den Anschluß Deutsch-österreichs zudrängt; die partikularistische, durch die auf den nationalen Aufschwung des Krieges folgende Reaktion der Gemüter, durch die Verärgerung über viele Maßnahmen der Reichsregierung und vor allem durch die Gewalttätigkeit, mit der die unitarischen Fortschritte den Süddeutschen von Berlin aus aufgedrängt wurden. Der Gedanke einer Anknüpfung an Frankreich endlich ist durch die maßlose Ungeschicklichkeit der französischen Machthaber, denen es zum Heile unseres Volkes

gelingen ist, trotz ihrer günstigen Stellung im Herzen deutscher Länder, alle Volksschichten auf beiden Seiten des Rheines durch ihre barbarische Politik des Hasses in eine einheitliche Abwehrfront zu zwingen, auf absehbare Zeit ausgeschaltet.

Wenn also der heutige Staatsmann mit rheinbündischen Möglichkeiten nicht zu rechnen hat — die zeitweilig auftauchenden bayerisch-österreichischen Partikularismen werden schon durch das Gesetz der politischen Schwerkraft beim Reiche gehalten —, so erwächst ihm die Aufgabe, die in den beiden Wagschalen liegenden Gewichte so richtig einzuschätzen, daß der Kraftverlust durch Reibung des unitarischen und des partikularistischen Prinzips auf ein Minimum herabgesetzt wird; denn alle Kräfte des politischen Lebens müssen heute einem Ziele zugerichtet werden: dem Wiederaufbau geordneten Daseins und seiner Verteidigung gegen die Bestrebungen, die auf eine vollständige politische Zersetzung unseres Volkes hinwirken.

Am Tag von Königgrätz 1920.



Saargebiet

Von A. Lillig



er Streik der Beamtenschaft im Saargebiet, dessen plötzlicher und zu diesem Zeitpunkt unerwarteter Ausbruch alle Welt überrascht hat, stellt eine der bisher ernstesten Episoden im Kampf der Saarbevölkerung um die Erhaltung ihres Deutschtums und ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande dar. Aus allen Handlungen der Regierungskommission läßt sich mit klar erkennbarer Deutlichkeit das rücksichtslose, durch nichts zu beirrende Streben des Fünferrates verfolgen, das Saarland zu verwelschen und möglichst schnell Frankreich vollständig in die Hände zu spielen. Mit den gewiß nicht geringen Machtmitteln, die der Friedensvertrag der Regierungskommission in die Hände gibt, um eine französisch orientierte Politik zu verfolgen, läßt diese sich dabei keineswegs genügen, sondern über den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages hinaus ergreift sie fortgesetzt Maßnahmen, die sie im Geschwindigkeitsschritt zu ihrem Ziele führen sollen.

Die ersten und am härtesten betroffenen Opfer dieser Französisierungspolitik sind naturgemäß die Beamten. Das Saargebiet besaß, solange es unter deutscher Verwaltung stand, einen Stamm pflicht- und gesinnungstreuer Beamter in allen Verwaltungszweigen, die der Bevölkerung in jeder Beziehung zum Vorbild dienen konnten. An ihnen besaß diese in den schweren Zeiten französischer Militärdiktatur vertraute und verschwiegene Ratgeber, die ihr in allen ihren Nöten mit Rat und Tat zur Seite standen. Neben der Geistlichkeit beider christlicher Konfessionen bildete die Beamtenschaft das Rückgrat des Deutschtums an der Saar, um die sich die übrigen Bevölkerungskreise, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, in ebenso treuer Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland wie um ihre gegebenen Führer und Vermittler scharten. Das war natürlich den Franzosen und ihren Sachverwaltern,